



BURMA REPORT

Mai 2009

မြန်မာ - မှတ်တမ်း

Ausgabe 72

Free all political prisoners, free Aung San Suu Kyi, free Burma.

green leaf <saffronmailletter@gmail.com> (22.04.09)

The Irrawaddy, News letter -

<news@irrawaddy.org> Dienstag, den 21. April 2009
<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=15509>

Angriff auf NLD Führer lässt Fragen aufkommen- saw YanNaing

Der kürzliche Angriff auf einen Führer der National League for Democracy (NLD) lässt die Frage aufkommen, ob es sich hier um einen politisch motivierten Angriff handelt und Teil einer systematischen Kampagne ist, vor den allgemeinen burmesischen Wahlen in 2010 Angst unter der Oppositionsbewegung zu säen.

Es wird berichtet, dass am 16. April ein unbekannter Angreifer in den Garten von Thein Nyunt, 65, einem Sprecher der NLD und in den Wahlen von 1990 gewählter Parlamentarier, eingedrungen sei. Familienmitglieder sagen, dass er mit einem Stock geschlagen wurde und Verletzungen an Stirn, Rücken und den Händen davontrug.

Nyan Win, Hauptsprecher der NLD, meinte dem Irrawaddy gegenüber, dass er seine Zweifel habe, dass der Angriff auf ein altes Parteimitglied ein Zufallsanschlag gewesen sei.

"Wir wissen nicht, wer hinter dem Zwischenfall steht. Aber wenn NLD-Mitglieder auf diese Art angegriffen werden, drängt sich die Vermutung auf, dass hier eine systematische Kampagne dahintersteckt, um uns zu unterdrücken," sagte Nyan Win.

Er fügte hinzu, dass Angriffe auf Mitglieder der Opposition keine Lösung für den politischen Konflikt in Burma darstellen.

Thein Nyunt ist nicht der erste NLD-Führer, der körperlich angegriffen und hospitalisiert wurde. Seit 2003 wurden mindestens 11 solcher Übergriffe auf Mitglieder der NLD oder politische Gegner gemeldet, unter anderem ein Überfall auf die Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi.

Im Mai 2003 wurde der Konvoi Suu

Kyis in Depayin, im Landkreis Sagaing, von einem Schlägertrupp überfallen, von dem man annimmt, dass er der Union Solidarity and Development Association (USDA) und ihrer Milizen den Swan A-shin angehört. In 2006 starb Thet Naing Oo, der aktiv am Aufstand von 1988 teilgenommen hatte, nachdem er von der Bereitschaftspolizei niedergeschlagen worden war.

Im Juni 2007 wurde Than Lwin, ein gewähltes Parlamentsmitglied, durch einen Unbekannten, der "Schlagringe" trug, ins Gesicht geschlagen. Dabei wurde seine Nase gebrochen, und er verlor später ein Auge. Im März 2008 wurde der bekannte sozialistische Aktivist Myint Aye, der ein führendes Mitglied der Menschenrechtsgruppe und -förderer ist, so geschlagen, dass er mit 5 Stichen genäht werden musste.

Vergangenen April wurde Ti Yu, Mitglied der NLD, als er in Hlaing Tharyar aus dem Bus ausstieg, durch Unbekannte, die Stöcke trugen, angegriffen. Er wurde ins Krankenhaus eingewiesen, wo sein Gesicht mit 50 Stichen versorgt werden musste.

<minye kyawswar <minykyawswar8888@gmail.com> 24-25 April 2009>
Bangkok Post Opinion -Aung Zaw is Editor of Irrawaddy magazine.
<<http://www.bangkokpost.com/opinion/opinion/15634/than-shwe-empty-well-of-purported-democracy>>
THE BURMANET NEWS - April 23, 2009, Issue #3696 - "Editor" <editor@burmanet.org> -

The Irrawaddy, COMMENTARY -

News letter - Mittwoch, den 22. April 2009 -
<http://www.irrawaddy.org/opinion_story.php?art_id=15512>

Than Shwes leerer Brunnen Aung Zaw

Wenn Sie sich fragen, worüber Senior-general Than Shwe in diesen Tagen nachdenkt, dann lesen Sie seine Rede zum Tag der Wehrmacht.

Es gab nichts Neues in dieser jährlichen Rede, die die Warnung enthielt, dass der Demokratisierungsprozess langsam vonstatten gehen wird.

Hier ist ein Teil seiner Rede:

"Im heutigen Myanmar (Burma) befin-

det sich die Demokratie im Anfangsstadium und erfordert immer noch geduldige Pflege und Aufmerksamkeit," sagte der General.

Wie ein burmesisches Sprichwort besagt, kann man von einem frisch gegrabenen Brunnen nicht erwarten, dass er sofort klares Wasser sprudeln lässt; was bedeutet, dass der Prozess des allmählichen Reifens ein wichtiger ist, wie auch der Beitrag durch gemeinsame konstruktive Bemühungen in einer Umgebung des Friedens und der Ruhe," fügte er hinzu.

Oje! Dies ist wirklich enttäuschend. Wieviele Male haben wir uns diesen Unsinn in den vergangenen zwei Dekaden bereits anhören müssen?

Nach dieser Rede scherzten einige Burmesen, dass Than Shwe seine Brunnen wahrscheinlich an der falschen Stelle gräbt.

Es ist ganz offensichtlich, dass es Than Shwe ist, der noch nicht reif zur Demokratie ist und nicht das burmesische Volk, das mehr als einmal bewiesen hat, dass es bereit ist, zu einem Leben in einer demokratischen Gesellschaft zurückzukehren.

Than Shwe ist nicht bereit, die neue Verfassung zu ändern und zeigt nicht die geringste Neigung, seine "roadmap" umfassender zu gestalten, wozu ihn die internationale Gemeinschaft wiederholt aufgefordert hat.

In seiner Rede warnte Than Shwe vor Bestrebungen, die Verfassung zu unterterminieren, die, wie er sagt, im vergangenen Jahr durch das Referendum vom Volk verabschiedet wurde.

Er warnte auch potentielle Teilnehmer an den für das nächste Jahr geplanten Wahlen davor, sich auf persönliche Angriffe einzulassen.

"Ich möchte alle diejenigen, die sich an der Organisation für Parteien beteiligen, auffordern, von Unruhestiftung abzulassen, persönliche Angriffe zu meiden, wie auch vor Schmierkampagne gegen andere Parteien und ..."

... durch gelebte Toleranz, Vergebung und Verständnis für andere, die Einheit in der Vielfalt zu finden. Jeder, der Mittel und Wege einer reifen Organisationsarbeit beachtet, wird den Segen der Regierung haben", sagte er.

Es ist offensichtlich, dass Than Shwe sich mit seiner Roadmap durchwalzen wird, selbst wenn es gute Gründe für die Annahme gibt, dass die meisten Menschen, einschliesslich der Armee, nicht davon überzeugt sind, dass sie das Land aus dem derzeitigen Morast herausbringen kann.

Quellen aus Naypyidaw berichten, dass Than Shwe und die Führungsspitze Schwierigkeiten haben, die Roadmap, die in der Wahl von 2010 kulminieren soll, an den Mann zu bringen, und dies nicht einmal bei Soldaten oder Offizieren. Die Armee ist bezüglich der Wahl geteilter Meinung, und einige gediente Offiziere möchten, dass Than Shwe den Führern der Opposition, einschliesslich Aung San Suu Kyi, den Ölweig reicht. Aber der starrköpfige alte General hat kein Zeichen gegeben, dass er darauf eingehen wird.

Für Than Shwe bedeutet die Roadmap seine eigene persönliche Abgangsstrategie, von der er sich erhofft, dass sie es ihm erlauben wird, den eisernen Griff zu lockern und seine alten Tage ohne Furcht vor Vergeltungsmassnahmen, weder seiner Militärfolger noch irgendeiner zukünftigen zivilen Regierung, zu verbringen.

Burma News - 05 May 2009 - "Burma_news" 6.May 2009
<burma_news@verizon.net>/ beauzm@gmail.com -

Myanmar hat Überschuss an Nahrungsmitteln, behauptet die Junta

DPA - Deutsche Presse-Agentur - 05 May 2009 -
<<http://www.reliefweb.int/rw/rwb.nsf/db900sid/KERN-7RR7SG?OpenDocument&RSS20&RSS20=FS>>

Rangoon: Myanmar's herrschende Militärjunta behauptet, dass das Land seine Reisproduktion in den vergangenen zwei Dekaden fast verdreifacht habe und rühmt sich, trotz des Zyklon Nargis im vergangenen Jahr und Berichten von Hungernöten in den Chin-Staaten einen Nahrungsmittelüberschuss zu haben, berichten staatliche Zeitungen am Dienstag. Die jährliche Reisproduktion in Myanmar liegt bei 1.6 Billionen Körben (baskets, 1 Basket = ca. 33 kg), sagte Juntachef Seniorgeneral Than Shwe am Montag.

Than Shwe meinte, dass Myanmar "nicht nur die Selbstversorgung, sondern auch einen Nahrungsmittelüberschuss erreicht habe.

Er wies darauf hin, dass in 1989, als die Junta an die Macht gelangte, die jährliche Reisproduktion bei nur 600 Mio. Baskets gelegen hätte und sich nun fast verdoppelte.

"Es besteht kein Anlass zur Sorge wegen der Lebensmittelversorgung, selbst wenn die Bevölkerungszahl auf 100 Mio. ansteigen sollte", sagte Than Shwe. Die Bevölkerung Myanmars wird jetzt auf 53 Mio. geschätzt.

Das World Food Programme, das die Nahrungsmittelsituation in Myanmar zu Beginn des Jahres beobachtet hat, kommt zu dem Ergebnis, dass das Land im ganzen gesehen in 2009, trotz der Zerstörungen im Delta des Irrawaddy durch Nargis und fast Hungersnotzuständen in den Chin-Staaten im Westen Myanmars, eine gute Ernte verzeichnen kann.

Obwohl sie sich anscheinend eines Nahrungsmittelüberflusses erfreuen kann, hat die Regierung wenig dazu beigetragen, die Situation in den Chin-Staaten, die fast einer Hungersnot gleichkommt, zu lindern. Es handelt sich hierbei um eine Minoritätengruppe, beklagt eine Menschenrechtsorganisation.

"Die Regierung hat nichts unternommen, um die Armut und Nahrungsmittelknappheit in den Chin-Staaten zu beheben", sagte Amy Alexander von Human Rights Watch. "Tatsächlich erschwert die Armee die Situation, indem sie Nahrungsmittel und Geld von der Bevölkerung in den Chin-Staaten verlangt".

THE BURMANET NEWS - April 24, 2009, Issue #3697
- "Editor" <editor@burmanet.org> - www.burmanet.org

The Irrawaddy – COMMENTARY - Today's

Newsletter - Freitag, den 24. April 2009 news@irrawaddy.org
<http://www.irrawaddy.org/opinion_star.php?art_id=15529>

Freie und faire Wahlen würden dem Regime eine vernichtende Niederlage bescheren - Kyaw Zwa Moe

Sollten die für 2010 angekündigten Wahlen in Burma frei und fair durchgeführt werden, dann kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die National League for Democracy (NLD) von Aung San Suu Kyi nicht weniger als die 82%, die sie in der Wahl von

1990 erhielt, erreichen wird.

Ein hauptsächlich Grund für einen solchen Optimismus ist darin zu sehen, dass die NLD keines der Verbrechen begangen hat, die dem gegenwärtigen Militärregime anzukreiden sind - unschuldige Menschen zu töten einschliesslich hochverehrte Mönche und Dissidenten mit unnachsichtigen und langen Gefängnisstrafen zu belegen.

Es gibt verschiedene weitere gültige Gründe: die NLD ist eine gewählte Partei, während die Regierung ein skrupelloses Regime ist, wie auch der völlige Gegensatz zwischen den Führern Than Shwe und Suu Kyi. Es gibt absolut keinen Vergleich zwischen dem kaltblütigen Mönchsmörder und der herzlichen und aufrichtigen Führerin der NLD.

Kritiker werden jedoch darauf hinweisen, dass die Beliebtheit der NLD abnimmt, weil es ihr nicht gelungen ist, demokratische Reformen zu erreichen, trotz des Mandates, das das Volk ihr vor zwei Dekaden übergeben hat. Das stimmt, wenn wir dabei nicht bedenken, wie repressiv das Regime ist.

Dieselbe Mehrheit wird keinen Unterschied ausmachen können zwischen dem Regime und den stellvertretenden Parteien, die jetzt vor der Wahl von 2010 gegründet werden.

Es ist logisch anzunehmen, dass das Regime, dass das Ergebnis der Wahl von 1990 nicht anerkannt hat, auch in 2010 einen Wahlsieg der NLD nicht akzeptieren wird. Die Generäle in Naypyidaw werden nicht scharf darauf sein, eine Auferstehung des "Geistes" der sie seit 1990 verfolgt, zu sehen.

Um ihren Fehler von 1990 nicht zu wiederholen, werden die Generäle ein Mittel wählen, um sicher zu gehen, dass ihre Stellvertreterparteien die Wahl hoch gewinnen, auch wenn sie selbst in Übereinstimmung mit der Verfassung, die von den Delegierten der Junta erstellt wurde, 25% der Sitze im Ober- wie auch im Unterhaus des Parlamentes mit handverlesenen Militärbeamten gesichert haben.

Die Logik spricht deshalb dafür, dass es für die Generäle keine Veranlassung für freie und faire Wahlen in 2010 geben wird.

Regionale Ereignisse wie die gegen die Regierung gerichteten Aufstände im benachbarten Thailand, werden die Generäle darin bestärkt haben, ihrer eigenen "Roadmap" zu folgen.

... ↗

... Der burmesische Premierminister, General Thein Sein, wird seinen Kollegen in Naypyidaw wohl berichtet haben, wie er mit einem Hubschrauber vom unterbrochenen Gipfel der Association of Southeast Asian Nations in Pattaya ausgeflogen werden musste, und sie werden sich über Thailands Demokratie lustig gemacht haben, indem sie seine "Anarchie" feststellten - ein Wort, das sie gerne benutzen.

Infolgedessen werden sie mehr als je zuvor entschlossen sein, auf ihre sogenannte "disziplinierte Demokratie" zuzusteuern.

Nichts - nicht einmal die Kritik und die Forderungen der internationalen Gemeinschaft scheint die Entschlossenheit der burmesischen Generäle berühren.

Seit seinem Amtsantritt im Januar haben US-Präsident Barack Obama und seine Administration die Politik seines Vorgängers George W. Bush im Hinblick auf autoritäre Länder wie den Iran, Nordkorea und Burma überprüft.

Die Aussenministerin der USA, Hillary Clinton, gab im Februar bekannt, dass die US-Administration ihre Politik bezüglich Burma überprüft hat. Hierbei wurde festgestellt, dass die Sanktionen, die Burma seit 1997 auferlegt wurden, nirgendwo hingeführt haben. Ein konstruktives Engagement, wie es die Nachbarländer anwenden, hat ebenfalls keinen Wandel herbeigeführt.

Die Aussicht auf einen Wandel der US-Politik bezüglich Burma scheint nicht nahezuliegen, das Regime wurde jedoch aufgefordert, seine eigene Politik zu überprüfen.-

Die internationale Gemeinschaft hat verlangt, dass die Junta die Verfassung überprüft, um sicherzustellen, dass alle Oppositions- und ethnischen Parteien an der Wahl von 2010 teilnehmen können. Worauf die Junta jeden, der gegen die Verfassung ist, zum "Staatsfeind" erklären wird.

Das bedeutet in anderen Worten, dass das Militärregime endgültig mit der Roadmap nach den von ihm gesetzten Normen weitermachen wird, einschliesslich der Wahl von 2010, ohne dabei Rücksicht auf innerstaatliche oder internationale Vorschläge und Forderungen zu nehmen.

THE BURMANET NEWS - April 25-27, 2009, <Issue #3698 - "Editor" <editor@burmanet.org> - www.burmanet.org>
The Nation, 28. April 2008 -
 <http://nationmultimedia.com/2009/04/28/opinion/opinion_30101462.php>

Eine gute Chance für eine Antwort Burmas

Die Ausweitung der Sanktionen durch die EU gegen die Junta ist ein willkommener Schritt, aber das Gesprächsangebot sollte offen bleiben, für den Fall, dass es innerhalb des Landes Fortschritte geben könnte.

Die Europäische Gemeinschaft entschied gestern, die Wirtschaftssanktionen gegen Burma für ein weiteres Jahr aufrechtzuerhalten. Dies ist eine gute Entscheidung der EU, die in ehrlicher Absicht während eines Treffens der Aussenminister in Luxemburg getroffen wurde. Obgleich ein starker und unachgiebiger Kritiker des Militärregimes, leistet die EU dem burmesischen Volk die wichtigste humanitäre Hilfe, besonders, seit im vergangenen Mai der Zyklon Nargis das Land verwüstete. Die Position der EU sollte bei der Juntaführung in Burma jeden Zweifel darüber ausräumen, dass sie ihrem Starrsinn nachgeben wird.

Während der vergangenen Monate war die Debatte zwischen den EU-Mitgliedern heftig, da einige glaubten, dass die Zeit gekommen sei, die Sanktionen zu lockern und sich Burma gegenüber nachsichtig zu verhalten. Sie sind der Ansicht, dass es einige moderate Elemente in der burmesischen Regierung gibt, die es verdienen, unterstützt und weiterhin gepflegt zu werden.

Aber anstatt weitere Sanktionen einzuführen, kamen die EU-Mitglieder mit der Verlängerung um ein Jahr zu einem Kompromiss, in der Hoffnung, dass ein Ölzweig gereicht würde für den Fall, dass sich in der nahen Zukunft ein Fortschritt abzeichnet.

Die EU-Sanktionen werden in den kommenden Monaten in Washington DC einen Einfluss auf die Bewertung der Politik ausüben. Ob man es nun mag oder nicht, als die US-Aussenministerin Hillary Clinton im Februar nach Asien kam und bekannt gab, dass die US ihre Aussenpolitik bezüglich Burma überprüfen werden, sandte dies Schockwellen um den Globus. Sie sagte, dass weder Sanktionen noch Dialog mit der Junta zum Erfolg geführt hätten. Zur Zeit weiss niemand, welche Richtung die USA einschlagen werden. Sicherlich wird die Erneuerung der EU-

Sanktionen einigen Einfluss auf die zukünftige US-Politik haben, obgleich es kaum möglich ist, dass die US eine Politik ins Auge fassen, die ihre gegenwärtigen Sanktionen gegen das Regime, besonders unter dem jüngsten Tom Lantons-Jade-Act, beenden wird. Die Verlängerung durch die EU setzt für die internationale Gemeinschaft einen neuen Massstab, den sie anwenden kann.

Die Sanktionen gegen das Regime sollten fortgesetzt werden, während gleichzeitig eine Bereitschaft für Gespräche bestehen sollte, falls Fortschritte innerhalb von Burma auszumachen sein werden. Es gab Empfehlungen, dass Burma bedingungslos geholfen werden sollte. Das wäre selbstmörderisch, denn nur das Regime würde davon profitieren, ohne dass es zu einem konstruktiven Wandel käme. Einige Gesetzesgeber der USA haben das Ende der Sanktionen gefordert. Es könnte sein, dass sie Lektionen in Geschichte über das Verhalten des Regimes benötigen und wie dies sein Volk behandelt hat.

Die EU-Position ist empfehlenswert und zeigt moralischen Mut. Die EU ist zum Dialog mit der Junta bereit, und die jüngste politische Äusserung gibt der burmesischen Junta die Möglichkeit, auf besondere Fragen, die die EU erhoben hat, zu antworten, besonders was den Status der beabsichtigten Wahl und die Entlassung der politischen Häftlinge betrifft, einschliesslich der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi.

Die Junta bereitet sich auf die Wahlen, die im nächsten Jahr stattfinden sollen, vor, und die internationale Gemeinschaft, einschliesslich der EU, hat bereits einen umfassenden Prozess gefordert, der transparent, frei und fair ist. Bisher steht eine positive Antwort aus. Die burmesische Führung kennt sehr wohl die Stärken und Schwächen der internationalen Gemeinschaft. Solange es kein konzertiertes Vorgehen und eine Koordination der Politik gibt, ist das Regime sicher, denn seit mehr als 20 Jahren haben aussenstehende Partner nicht miteinander kooperiert. China und Indien, die beiden mächtigsten asiatischen Akteure, sind immer noch gespaltener Meinung über ihre eigene Rolle bezüglich Burma. Sie müssen ihre eigenen Interessen verteidigen, indem sie das Regime unterstützen. Die ASEAN haben es auf ihre Art versucht, Burma als Familienmitglied mit einzubinden, aber es gibt Grenzen, wieweit die Gruppierung gehen kann oder auch nicht. Zum Beispiel ...

... könnte die ASEAN Burma erfolgreich dazu überreden, internationale Hilfsorganisationen ins Land zu lassen, aber es ist der Gruppierung selbst nach einem Jahr von Rehabilitationsbemühungen nicht gelungen, die Generäle dazu zu bringen, die abzudeckenden Gebiete über das Irrawaddy-Delta hinaus auszudehnen.

Wenn sich die asiatischen und europäischen Aussenminister nächsten Monat in Hanoi treffen, muss sich Burma verteidigen und seine politischen Verhältnisse erklären. Die ASEAN wird Burma nicht so wie bisher vertreten. Mit Annahme der ASEAN-Charta sollte Burma seine Verpflichtungen und Pflichten als Mitglied der Gruppierung kennen. Sollte dies nicht der Fall sein, so wird sich die ASEAN in Zukunft auf diese Tatsache besinnen.

THE BURMANET NEWS - April 28, 2009, Issue #3699
"Editor" <editor@burmanet.org>, www.burmanet.org
UPI (United Press International) Asia Online
<http://upiasia.com/Politics/2009/04/28/burmas_inhumanity_toward_its_citizens/2833/> - 28. April 2009

Burmas Unmenschlichkeit seinen Bürgern gegenüber- zin Linn

Bangkok, Thailand: Die burmesische Militärführung hat die Sanktionen der US und EU wiederholt als "ungerechten und unmenschlichen Akt" beschrieben, der Chaos und Anarchie im Lande hervorruft. Die Junta bezeichnet weiter Wirtschaftssanktionen als einseitige Massnahmen grosser mächtiger Länder Entwicklungsländern gegenüber, was die Gleichheit der Nationen ignoriert, die von der internationale Gemeinschaft akzeptiert wird.

Nach ihrer Logik liegt der Grund für Sanktionen, die grosse Länder Entwicklungsländern auferlegen, in der feindlichen und menschenverachtenden Absicht, die Wirtschaft, Handel und Industrie des jeweiligen Landes zu behindern, um Unruhe hervorzurufen und das Land in die Anarchie zu treiben.

Das durchtriebene burmesische Militärregime übt jedoch keinerlei Selbstkritik bezüglich Sanktionen, die es selbst seiner eigenen Bevölkerung auferlegt.

So wurde z. B. ein Parlamentsmitglied der National League for Democracy, von Beruf Arzt, durch die staatlichen

Behörden informiert, dass er zwischen seinem Beruf und der Politik zu wählen habe. Sollte er weiterhin als Arzt tätig sein wollen, so müsse er seine politische Arbeit und Partei aufgeben. Seine Familiensituation zwang ihn, seinen ärztlichen Beruf zu wählen.

Viele Mitglieder der NLD sahen sich ähnlichen Drohungen und Einschüchterungen ausgesetzt und mussten zwischen ihrem Beruf und der Politik wählen. Dies ist ein Weg, wie das Regime seine eigenen Bürger sanktioniert.

Die Junta unternimmt abscheuliche Massnahmen gegen seine eigenen Bürger. Ein Beispiel hierfür ist die Erfahrung, die Htay Htay, ein führendes Mitglied der NLD im Bezirk Ma-gwe, machen musste. Sie wurde wegen einer akuten Blinddarmentzündung ins Krankenhaus eingeliefert. Sofort nach der Operation erschien dort ein Offizier des Geheimdienstes und forderte den Chefchirurgen dazu auf, die Patientin umgehend zu entlassen. Als der Arzt ihn danach fragte, wieso er in die Behandlung des Arztes eingreifen könne, zeigte der Polizist seinen Identitätsausweis und verfügte, dass die Patientin als Mitglied der NLD einen Krankenhausaufenthalt nicht verdiene. Der Polizist bedrohte den Arzt und schliesslich wurde Htay Htay entlassen.

Eine weitere Art von Sanktionen, die die Junta praktiziert, bedeutet eine klare Übertretung des Artikels 26 der allgemeinen Menschenrechtserklärung. Ein Beispiel hierfür ist eine Studentin, die anonym bleiben möchte. Obwohl sie die Eignungsprüfung für weitere Studien im Ausland bestand, verweigerten ihr die Behörden einen Pass, mit der Begründung, dass ihr Vater Anhänger der NLD sei.

Es gibt viele Beispiele, die sich auf das Feld der Ausbildung beziehen. Burma wird von den Stiefeln der Armeegeneräle niedergetrampelt, die die Chancengleichheit für Hochschulbildung ablehnen.

Selbst das Grundrecht der Persönlichkeit als Bürger wird durch das Büro des Militärgeheimdienstes verweigert. Wenn ein Bürger grossjährig wird, muss er einen Antrag auf amtliche Eintragung stellen. Zuerst benötigt er dazu die Empfehlung des Bezirkswartes vom Friedens- und Entwicklungsrat der Junta. Dann wird ferner eine Empfehlung des lokalen Polizeibüros verlangt. Diese zwei Empfehlungsschreiben sind dem Antrag für einen Personalausweis beizufügen.

Die Sache dabei ist, dass der Jugendliche Mitglied der Union Solidarity and Development Association, einer Organisation, die den Braunhemden der Nazi-Sturmtruppe gleicht, sein muss. Ohne die Mitgliedschaft bei der USDA bedarf es eines beachtlichen Schmiergeldes, um einen Personalausweis zu bekommen. Ein Mitglied der National League for Democracy muss entweder aus der Partei austreten oder eine sechsstellige Bestechungssumme zahlen. Ohne einen Ausweis kann man aber weder reisen noch arbeiten.

In Burma leiden Menschen aller Gesellschaftsschichten unter den verschiedensten Sanktionen des Militärregimes, das seit 1962 im Lande regiert. Die Folgeerscheinung dieser Machtausübung ist auch ein Überfluten in Nachbarländer. Thailand ist von Burmas sozioökonomischen Schwierigkeiten, wie politische Unruhen, Flüchtlinge, Wanderarbeiter, Menschenhandel mit Frauen und Kindern, Seuchen, Drogen, Prostitution und Terrorismus, am meisten betroffen.

Es wird geschätzt, dass wegen des wirtschaftlichen Misserfolges der Militärregierung in den vergangenen zwei Dekaden mehr als 1 Mio. illegaler Arbeiter von Burma nach Thailand flohen. Hierdurch sahen sich aufeinanderfolgende Thai-Regierungen einer Anzahl von sozioökonomischen Problemen gegenüber.

Es gab einen massiven Zustrom narkotischer Drogen, u.a. von Heroin und Methamphetaminen, und der Handel von Frauen und Kinder geschieht auf regulärer Basis. Es handelt sich dabei um transnationale Vergehen, die an der 2.400 kilometerlangen thailändisch-burmesischen Grenze stattfinden. Die Vernachlässigung des Gesundheitsbereiches durch die Junta bedeutet für die Nachbarländer eine neue Welle von HIV/AIDS-Problemen.

Ein weiteres Problem, das die Kritik der internationalen Gemeinschaft auf sich gezogen hat, ist die Situation der mehr als 2.100 politischen Häftlingen, die sich in den Gefängnissen der Junta befinden und von denen viele unglaublich lange Haftstrafen erhielten. Die meisten von ihnen wurden absichtlich in entlegene Gefängnisse mit schlechter medizinischer Versorgung verbracht.

Viele der politischen Gefangenen wurden abscheulicher Folter unterzogen und haben unter Nahrungsentzug und kaum vorhandener medizinischer Versorgung zu leiden. Das ...

... Ergebnis hiervon ist, dass mehr als 100 politische Gefangene, unter ihnen Parlamentsmitglieder, Schriftsteller und Journalisten bereits in den Gefängnissen des Regimes verstarben. Deshalb machen sich die Menschen um die Sicherheit der 2.100 politischen Häftlinge grosse Sorgen.

Alle politischen Häftlingen wurden wegen ihrer politischen Aktivitäten für Demokratie und Menschenrechte festgenommen und verurteilt. Sollten die Generäle aufrichtig die Wiederherstellung von Demokratie und Menschenrechten in Burma wollen, dann wäre die Freilassung der politischen Gefangenen ein echtes Anzeichen für ihre Aufrichtigkeit. Sollten sie mit der Freilassung der Gefangenen zu lange Zeit verstreichen lassen, wäre dies der Ausdruck dafür, dass die Generäle keinerlei Absicht haben, eine Demokratie in Burma und die nationale Aussöhnung zuzulassen.

Das Militärregime spricht laut über eine nationale Wiederaussöhnung. Zuweilen entlässt es eine begrenzte Anzahl von Gefangenen in der Hoffnung, dadurch den internationalen Druck und besonders Sanktionen zu verringern.

Das Regime sollte verstehen, dass der Aufbau einer angemessenen politischen Atmosphäre der Grundstein für die nationale Aussöhnung sein muss. Dies würde die bedingungslose und umgehende Freilassung aller politischen Häftlinge, unter ihnen die prodemokratische Führerin Aung San Suu Kyi, bedeuten, die willkürlich und unmenschlich in Haft gehalten wird.

Bangkok, Thailand: Die burmesische Militärführung hat die Sanktionen der US und EU wiederholt als "ungerechten und unmenschlichen Akt" beschrieben, der Chaos und Anarchie im Lande hervorruft. Die Junta bezeichnet weiter Wirtschaftssanktionen als einseitige Massnahmen grosser mächtiger Länder Entwicklungsländern gegenüber, was die Gleichheit der Nationen ignoriert, die von der internationale Gemeinschaft akzeptiert wird.

Nach ihrer Logik liegt der Grund für Sanktionen, die grosse Länder Entwicklungsländern auferlegen, in der feindlichen und menschenverachtenden Absicht, die Wirtschaft, Handel und Industrie des jeweiligen Landes zu behindern, um Unruhe hervorzurufen und das Land in die Anarchie zu treiben.

Das durchtriebene burmesische Militärregime übt jedoch keinerlei Selbstkritik

bezüglich Sanktionen, die es selbst seiner eigenen Bevölkerung auferlegt.

So wurde z. B. ein Parlamentsmitglied der National League for Democracy, von Beruf Arzt, durch die staatlichen Behörden informiert, dass er zwischen seinem Beruf und der Politik zu wählen habe. Sollte er weiterhin als Arzt tätig sein wollen, so müsse er seine politische Arbeit und Partei aufgeben. Seine Familiensituation zwang ihn, seinen ärztlichen Beruf zu wählen.

Viele Mitglieder der NLD sahen sich ähnlichen Drohungen und Einschüchterungen ausgesetzt und mussten zwischen ihrem Beruf und der Politik wählen. Dies ist ein Weg, wie das Regime seine eigenen Bürger sanktioniert.

Die Junta unternimmt abscheuliche Massnahmen gegen seine eigenen Bürger. Ein Beispiel hierfür ist die Erfahrung, die Htay Htay, ein führendes Mitglied der NLD im Bezirk Ma-gwe, machen musste. Sie wurde wegen einer akuten Blinddarmentzündung ins Krankenhaus eingeliefert. Sofort nach der Operation erschien dort ein Offizier des Geheimdienstes und forderte den Chefchirurgen dazu auf, die Patientin umgehend zu entlassen. Als der Arzt ihn danach fragte, wieso er in die Behandlung des Arztes eingreifen könne, zeigte der Polizist seinen Identitätsausweis und verfügte, dass die Patientin als Mitglied der NLD einen Krankenhausaufenthalt nicht verdiene. Der Polizist bedrohte den Arzt und schliesslich wurde Htay Htay entlassen.

Eine weitere Art von Sanktionen, die die Junta praktiziert, bedeutet eine klare Übertretung des Artikels 26 der allgemeinen Menschenrechtserklärung. Ein Beispiel hierfür ist eine Studentin, die anonym bleiben möchte. Obwohl sie die Eignungsprüfung für weitere Studien im Ausland bestand, verweigerten ihr die Behörden einen Pass, mit der Begründung, dass ihr Vater Anhänger der NLD sei.

Es gibt viele Beispiele, die sich auf das Feld der Ausbildung beziehen. Burma wird von den Stiefeln der Armeegeneräle niedergetrampelt, die die Chancengleichheit für Hochschulbildung ablehnen.

Selbst das Grundrecht der Persönlichkeit als Bürger wird durch das Büro des Militärgeheimdienstes verweigert. Wenn ein Bürger grossjährig wird, muss er einen Antrag auf amtliche Eintragung stellen. Zuerst benötigt er dazu die Empfehlung des Bezirkswar-

tes vom Friedens- und Entwicklungsrat der Junta. Dann wird ferner eine Empfehlung des lokalen Polizeibüros verlangt. Diese zwei Empfehlungsschreiben sind dem Antrag für einen Personalausweis beizufügen.

Die Sache dabei ist, dass der Jugendliche Mitglied der Union Solidarity and Development Association, einer Organisation, die den Braunhemden der Nazi-Sturmtruppe gleicht, sein muss. Ohne die Mitgliedschaft bei der USDA bedarf es eines beachtlichen Schmiergeldes, um einen Personalausweis zu bekommen. Ein Mitglied der National League for Democracy muss entweder aus der Partei austreten oder eine sechsstellige Bestechungssumme zahlen. Ohne einen Ausweis kann man aber weder reisen noch arbeiten.

In Burma leiden Menschen aller Gesellschaftsschichten unter den verschiedensten Sanktionen des Militärregimes, das seit 1962 im Lande regiert. Die Folgeerscheinung dieser Machtausübung ist auch ein Überfluten in Nachbarländer. Thailand ist von Burmas sozioökonomischen Schwierigkeiten, wie politische Unruhen, Flüchtlinge, Wanderarbeiter, Menschenhandel mit Frauen und Kindern, Seuchen, Drogen, Prostitution und Terrorismus, am meisten betroffen.

Es wird geschätzt, dass wegen des wirtschaftlichen Misserfolges der Militärregierung in den vergangenen zwei Dekaden mehr als 1 Mio. illegaler Arbeiter von Burma nach Thailand flohen. Hierdurch sahen sich aufeinanderfolgende Thai-Regierungen einer Anzahl von sozioökonomischen Problemen gegenüber.

Es gab einen massiven Zustrom narkotischer Drogen, u.a. von Heroin und Methamphetaminen, und der Handel von Frauen und Kinder geschieht auf regulärer Basis. Es handelt sich dabei um transnationale Vergehen, die an der 2.400 kilometerlangen thailändisch-burmesischen Grenze stattfinden. Die Vernachlässigung des Gesundheitsbereiches durch die Junta bedeutet für die Nachbarländer eine neue Welle von HIV/AIDS-Problemen.

Ein weiteres Problem, das die Kritik der internationalen Gemeinschaft auf sich gezogen hat, ist die Situation der mehr als 2.100 politischen Häftlingen, die sich in den Gefängnissen der Junta befinden und von denen viele unglaublich lange Haftstrafen erhielten. Die meisten von ihnen wurden absichtlich in entlegene Gefängnisse mit schlechter medizinischer Versorgung ...

... ↗ verbracht.

Viele der politischen Gefangenen wurden abscheulicher Folter unterzogen und haben unter Nahrungsentzug und kaum vorhandener medizinischer Versorgung zu leiden. Das Ergebnis hiervon ist, dass mehr als 100 politische Gefangene, unter ihnen Parlamentsmitglieder, Schriftsteller und Journalisten bereits in den Gefängnissen des Regimes verstarben. Deshalb machen sich die Menschen um die Sicherheit der 2.100 politischen Häftlinge grosse Sorgen.

Alle politischen Häftlingen wurden wegen ihrer politischen Aktivitäten für Demokratie und Menschenrechte festgenommen und verurteilt. Sollten die Generäle aufrichtig die Wiederherstellung von Demokratie und Menschenrechten in Burma wollen, dann wäre die Freilassung der politischen Gefangenen ein echtes Anzeichen für ihre Aufrichtigkeit. Sollten sie mit der Freilassung der Gefangenen zu lange Zeit verstreichen lassen, wäre dies der Ausdruck dafür, dass die Generäle keinerlei Absicht haben, eine Demokratie in Burma und die nationale Aussöhnung zuzulassen.

Das Militärregime spricht laut über eine nationale Wiederaussöhnung. Zuweilen entlässt es eine begrenzte Anzahl von Gefangenen in der Hoffnung, dadurch den internationalen Druck und besonders Sanktionen zu verringern.

Das Regime sollte verstehen, dass der Aufbau einer angemessenen politischen Atmosphäre der Grundstein für die nationale Aussöhnung sein muss. Dies würde die bedingungslose und umgehende Freilassung aller politischen Häftlinge, unter ihnen die prodemokratische Führerin Aung San Suu Kyi, bedeuten, die willkürlich und unmenschlich in Haft gehalten wird.

Die Freilassung der politischen Gefangenen könnte die Aufhebung der internationalen Sanktionen bedeuten und ein Wiederaufleben der nationalen Wirtschaft, die gegenwärtig vor dem Kollaps steht.

Burma News - 05 May 2009 – "Burma_news" 6.May 2009
<burma_news@verizon.net>/ beauzm@gmail.com -

Myanmar Spitzenreiter auf der Liste der schlimmsten Orte für Blogger

CNN - 5. Mai 2009 -

<<http://edition.cnn.com/2009/TECH/05/04/world.bloggers/>>

Lt. einen Bericht des Ausschusses zum Schutz von Journalisten arbeiten Blogger in Myanmar, Iran und Syrien unter den repressivsten Bedingungen weltweit und müssen Methoden wie Reglementierung, Einschüchterung und selbst Gefängnis befürchten.

Die Organisation gab eine Liste heraus "mit den zehn schlimmsten Ländern für Blogger" und lenkte, im Zusammenhang mit dem Welt-Pressefreiheitstag", der am Sonntag begangen wurde, die Aufmerksamkeit auf online-Behinderungen.

Für Blogger ist Myanmar der schlimmste Platz in der Welt, sagt Simons Organisation. Eine Militärregierung schränkt den Zugang zum Web ein und wirft Menschen wegen kritischer Bemerkungen ins Gefängnis.

Den burmesischen Behörden ist es möglich, e-mail und andere Kommunikationsmethoden zu überwachen und können für Benutzer den Zugang zu Web sites der Oppositionsparteien sperren, berichtet die Organisation unter Berufung auf die Forschungsgruppe OpenNet Initiative.

Ein burmesischer Blogger sitzt gerade eine Gefängnisstrafe von 59 Jahren ab wegen der Veröffentlichung von Videomaterial nach dem Zyklon Nargis in 2008, sagt der Ausschuss zum Schutz von Journalisten.

Burma News - 05 May 2009 – "Burma_news" 6.May 2009
<burma_news@verizon.net>/ beauzm@gmail.com -

Myanmars Junta lehnt Suu Kyis Einspruch gegen Haft ab

Agence France Press - 5. Mai 09 -

<http://news.yahoo.com/s/a/p/20090505/wl_asia_afp/myanmarpoliticssuuky>

Rangoon: Ein Parteisprecher berichtete am Dienstag, dass Myanmars Militärregierung den Einspruch der prodemokratischen Führerin Aung San Suu Kyi wegen ihrer Haft zurückgewiesen habe.

Nyan Win, Sprecher der National

League for Democracy (NLD), berichtete AFP, dass Aung San Suu Kyis Anwalt am vergangenen Freitag, knapp einen Monat vor Ablauf ihres derzeitigen Urteils, durch ein Schreiben die Ablehnung ihres Antrages erhielt.

Die 63jährige Nobelpreisträgerin hat die meiste Zeit der vergangenen 19 Jahre in Rangoon unter Hausarrest verbracht, wo sie mit ihren zwei Dienstmädchen lebt und nur gelegentlich Besuch empfangen darf, in den meisten Fällen von ihrem Anwalt und Arzt.

Sie hatte die Berufung im vergangenen Oktober eingereicht.

"Lt Daw Aung San Suu Kyis Anwalt, U Kyi Win, wurde der Einspruch gegen die Haft abgelehnt," sagte Nyan Win, obgleich er den Brief nicht selbst gelesen hat.

"Das dürfte so nicht ablaufen, da sie wegen des Einspruchs keine Gerichtsverhandlung einberufen haben."

Er sagte, dass der Stellvertreter von Aung San Suu Kyis Anwalt, Hla Myo Myint, am Freitag in die entfernt gelegene Verwaltungshauptstadt Naypyidaw gereist sei, wohin ihn die Behörden vorgeladen hatten, um den Ablehnungsbescheid entgegenzunehmen.

Ihr Anwalt, Kyi Win, hat jetzt ein Treffen mit Aung San Suu Kyi beantragt, sagte Nyan Win.

Burma News - 05 May 2009 – "Burma_news" 6.May 2009
<burma_news@verizon.net>/ beauzm@gmail.com -
<<http://www.abitsu.org/?p=4545>>

Myanmars Opposition ersucht Clinton dringend

Agence France Press - 5. Mai 2009

Zwei prominente burmesische Oppositionsführer sandten am Dienstag gemeinsam einen Appell an die US-Aussenministerin Hillary Clinton mit der Bitte, die Sanktionen gegen das Militärregime aufrecht zu erhalten und regionale Mächte zu beteiligen.

Zwei Persönlichkeiten der Opposition, Ashin Aww Bar Sa der All Burma Monks' Alliance und Tun Myint Aug von der Studentengruppe 88er Generation, sagten, dass sie den Brief aus Angst vor einer umgehenden Festnahme im Versteck unterschrieben hätten.

.... ↗

... In dem Schreiben baten die beiden die Vereinigten Staaten, die Sanktionen gegen die Junta aufrechtzuerhalten, bis die Junta alle politischen Häftlingen freigelassen und einen "sinnvollen" Dialog mit der Opposition begonnen hätte.

Die Junta hat sich "darüber beschwert, dass die US und westliche Staaten, die die Sanktionen verhängt hätten, das Volk verarmt und das Land unterentwickelt liessen sowie die Wirtschaft zerstört hätten," schrieben sie in dem Brief.

"Lasst uns darüber im Klaren sein - es ist die Militärjunta und deren katastrophale Wirtschaftspolitik, zusammen mit Terror, Korruption, illegaler Herrschaft und Misswirtschaft, die eines der reichsten Länder Asiens zu einem der unterentwickeltesten Länder der Welt gemacht hat", schrieben sie.

In dem Schreiben unterstützten die burmesischen Oppositionsführer die Bemühungen der USA um einen direkten Dialog mit der Junta, meinten aber, dass Washington an den obersten Führer des Landes, Seniorgeneral Than Shwe herantreten müsse.

Sie ersuchten die Vereinigten Staaten auch, andere Staaten, einschliesslich China, den hauptsächlichen Halt der Junta, mit in die Lösung der Probleme Myanmars einzubeziehen, wie auch die Association der Southeast Asian Nations (ASEAN).

THE BURMANET NEWS - April 29, 2009, Issue #3700
"Editor" <editor@burmanet.org> - www.burmanet.org
"Burma_news" <burma_news@verizon.net> (EBO)

Shwegondaing- Erklärung - 29.04.2009

Bahan Township, Rangoon
Bericht vom 29. April 2009
National League for Democracy,
97B - West Shwegondaing Street,
Bahan Township, Rangoon

Am 28. und 29. April 2009 fand im Versammlungssaal des Hauptquartiers der NLD, West Shwegondaing Street, eine Konferenz statt, um die politische und organisatorische Situation zu besprechen wie auch den Analysebericht bezüglich der Verfassung. Es wurde versucht, Lösungen zu finden, die aus der politischen Sackgasse herausführen können und die Union of Burma mit Zustimmung aller Menschen zu einem demokratischen Staat aufbauen. Teilnehmer waren: Mitglieder der Natio-

nal League for Democracy (NLD, einschliesslich des Zentralerekutivkomitees, Vertreter der staatlichen und der bereichsorganisatorischen Ausschüsse, gewählte Mitglieder des Parlaments, die der NLD noch angehören, Vertreterinnen des Zentralausschusses für Frauenbelange und Vertreter des Ausschusses zur Durchführung von Belangen der Jugend.

Diese Shwegondaing-Erklärung wurde herausgegeben, um die Menschen darüber zu informieren, dass durch diese Gespräche eine Übereinstimmung der Mehrheit erreicht werden konnte, mit dem Ziel, ein faires Klima zur Entfaltung des Dialoges zu schaffen und dadurch am besten aus der oben genannten Sackgasse herauszuführen.

Die NLD glaubt, dass die gegenwärtigen politischen Probleme, wie :

- die umgehende und bedingungslose Freilassung der politischen Häftlinge, einschliesslich U Tin Oo und Daw Aung San Suu Kyi;
- die Bewertung der Verfassung;
- den Aufbau einer Union auf der Grundlage der Gleichheit aller ethnischen Nationalitäten; die etwaige Anerkennung des Ergebnisses der Wahlen von 1990, die Hauptprobleme darstellen, die einer umgehend Lösung zum Wohl des Landes und des Volkes bedürfen.

Die Anliegen der Liga sind:

(a) die bedingungslose Freilassung aller politischen Häftlinge einschliesslich U Tin Oo und Daw Aung San Suu Kyi

(b) **die Überprüfung des Verfassungsentwurfes von 2008**
Gefordert wird eine Staatsverfassung, die auf demokratischen Grundsätzen basiert, um so einen demokratischen Staat errichten zu können. Die Verfassung von 2008 des Staatlichen Friedens- und Entwicklungsrates, die bisher noch nicht geltendes Recht ist, enthält Bestimmungen, die mit demokratischen Prinzipien nicht in Übereinstimmung zu bringen sind. Daher ist die Ausarbeitung einer Verfassung, die von allen Menschen einschliesslich der ethnischen Nationalitäten angenommen werden kann, dringend erforderlich.

(c) **Organisation**
In dieser Union of Burma, in der alle ethnischen Nationalitäten zusammen leben, muss eine Gemeinschaft ge-

gründet werden auf der Grundlage der Chancengleichheit und des guten Willens. Echte Demokratie kann nur auf dieser Grundlage gedeihen. Weiterhin müssen alle politischen Parteien die Möglichkeit haben, sich zu organisieren. Deshalb sollen alle Büros der staatlichen/regionalen und städtischen Bereiche, die am 31. Mai 2003 als vorübergehende Maßnahme geschlossen und versiegelt wurden, umgehend wieder geöffnet werden wie auch diejenigen der Parteien ethnischer Nationalitäten

(d) **Anerkennung des Ergebnisses der demokratischen allgemeinen Mehrparteienwahl von 1990.**

Zur Zeit ist die Anerkennung des Volksparlamentes, in Übereinstimmung mit dem Ergebnis der Wahl von 1990, unter Abschnitt 3 des Wahlgesetzes des Volksparlamentes dringend erforderlich. Nur so kann die demokratische Tradition aufrecht erhalten werden. Andernfalls, würde der Staatliche Friedens- und Entwicklungsrat seine eigenen, von ihm selbst beschlossenen Gesetze und Bestimmungen offensichtlich brechen.

(e) **Politischer Dialog**

Seit 1988 ist die NLD unablässig darum bemüht, Lösungen durch den politischen Dialog herbeizuführen. Die Generalsekretärin der NLD, Daw Aung San Suu Kyi hat offen die Tatsache erwähnt, dass sie bei einem flexiblen Vorgehen entsprechend der politischen Notwendigkeit wie folgt arbeiten kann: "Wir haben wiederholt dargelegt, dass die NLD flexibel verhandeln wird, um zu förderlichen Ergebnissen für die Menschen in Burma zu kommen. Nichtsdestotrotz sollten solche Dialoge weder dem Nutzen der NLD noch dem Nutzen der Behörden dienen. Das Ziel sind einzig und allein die Interessen des burmesischen Volkes."

Deshalb fordert die NLD nochmals in reiner Absicht die unbedingte Wiederaufnahme von Dialogen zur Lösung der Probleme. Die Agenda, die die Liga vorsieht, ist wie folgt:

(1) Auf der Basis gegenseitigen Respektes und im Hinblick auf nationale Aussöhnung sollten die Entscheidungsträger unverzüglich mit einem bedingungslosen Dialog beginnen.

(2) **Die folgende Punkte sollten Inhalt dieser Dialoge sein:**

- Festlegung der Chancengleichheit der ethnischen Nationalitäten,
- die bedingungslose Freilassung aller politischen Häftlinge einschliesslich U Tin Oo und Daw Aung San Suu Kyi;
- Überarbeitung des Verfassungsent-

wurfes von 2008,
 - die Anerkennung des Volksparlamentes der Wahl von 1990,
 - die Haltung gegenüber möglichen zukünftigen Wahlen,
 - die Entwicklung von Lebensbedingungen der Menschen etc.

(3) Die Herbeiführung der Anerkennung des Ergebnisses der Wahl von 1990 durch Anerkennung der Ergebnisse der Dialoge des Volksparlamentes, das in Übereinstimmung mit dem Wahlgesetz des Volksparlamentes zu bilden ist.

(4) Alle Beteiligten sollten einvernehmlich der politischen Richtung folgen, die als Ergebnis der Dialoge des Volksparlamentes beschlossen wurde.

(f) Haltung bei möglichen zukünftigen Wahlen

Die NLD glaubt fest, dass anhaltende politische Stabilität und die Entwicklung des Landes nur durch Lösung der oben genannten fundamentalen Probleme

erreicht werden kann

Die Menschen sollen über die Lage informiert werden, sollte der Friedens- und Entwicklungsrat einseitig entscheiden, Wahlen ohne vorausgehenden Dialog nach eigenen Regeln abzuhalten .

Die Liga bejaht Wahlen als Markstein auf dem Weg zur Demokratie. Die NLD wird ihren Kampf um Demokratie nicht aufgeben. Die Liga wird unter allen Umständen an der Seite des Volkes stehen.

Sollte der Friedens- und Entwicklungsrat einseitig beschliessen, nach den eigenen Vorstellungen mögliche zukünftige Wahlen abzuhalten und sollten

(1) alle politischen Gefangenen einschliesslich der Führer der NLD bedingungslos freigelassen werden,

(2) die Bestimmungen der Verfassung von 2008 nicht in Übereinstimmung mit

demokratischen Prinzipien geändert worden sein,

(3) umfassende freie und faire Wahlen unter internationaler Beobachtung stattfinden:

dann erklärt die National League for Democracy durch diese Shwegondaing-Erklärung, dass sie in der Annahme, dass dies zum Wohle des ganzen Volkes geschieht, sich an der Wahl beteiligen wird, und zwar nur nach ernsthafter Überlegung, dies als Sonderfall zu betrachten und nur nach Studium des kommenden Partei-Registrierung-Aktes und des rechtsrelevanten Wahlgesetzes.

Lt. Konferenzbeschluss des Zentralvollzugskomitees vom 29. April 2009

<p style="text-align: center;">Folgende Bücher können Sie über Burma Büro e.V., Köln erwerben:</p> <p style="text-align: center;">ဆရာတင်မိုး ခွတ်ဒေါင်းအလံခေါ် ရာသို့ [လွတ်မြောက်ရေးကဗျာများ] <i>Gedichte</i> Von Saya Tin Moe (80 Seiten) in burmesisch Euro 5.- + Porto</p>	<p style="text-align: center;">Zehn Jahre weiter Leben und Ansichten eines burmesischen Studenten währen seiner politischen Gefangenschaft. von Moe Aye (170 Seiten) in deutsch Euro 10.- + Porto Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln <small>Tel: 0221-9522450 Fax:0221-9522470</small> e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de</p>
<p>Sie wollen die Menschen in Burma auf ihrem Weg zu Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechten unterstützen? Dann unterstützen Sie die Arbeit des Burma Büros – zum Beispiel als Mitglied oder Förderer/ Förderin unseres Vereins.</p> <p>Nähere Informationen zu uns, zur Mitgliedschaft und zu den Fördermöglichkeiten erhalten Sie, wenn Sie diesen Coupon an das Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln schicken.</p> <p>Name:</p> <p>Adresse:</p> <p>Tel./Fax:</p> <p>e-Mail:</p> <p>Bemerkungen:</p> <p>Übrigens: Spenden auf unser Konto sind steuerlich absetzbar. Spendenkonto: Postbank, Dortmund Kto.Nr. 45 45 31 468 BLZ.: 440 100 46 Hrsq.:Burma Büro e.V.,Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax:0221-9522470 e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de</p> <p style="text-align: center;"><http://www.burmabureaugermany.com></p> <p style="text-align: center;"><http://www.burma-report.de></p> <p>Hrsq.:Burma Büro e.V.,Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax:0221-9522470 e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de - <http://www.burmabureaugermany.com></p> <p style="text-align: center;"><http://www.burma-report.de></p>	